



# SITZUNGSVORLAGE

Nr. 2 1 - V - 5 1 - 0 0 4 2  
(Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) VI

**Beitragsfreistellung der Kinderbetreuung im Juli 2021 als Ausgleich für coronabedingte Leistungseinschränkungen**

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

## Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

## Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> <b>wird im Internet/PIWI veröffentlicht</b>	

## Bestätigung Dezernent/in

Manjura

Stadtrat

## Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich  
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.  
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz

Stadtkämmerer

## A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind  **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.  
 finanzielle Auswirkungen verbunden.  
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

### I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel  rot  grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: 24.222.338,94  
 in %: 7,10

### II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling  Investition  Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist): abs.: \_\_\_\_\_  
 in %: \_\_\_\_\_

### III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um  Mehrkosten  
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	X	2021	Wenigereinnahme/Mehrausgaben Betreuungsbeiträge	3.578.636	3.578.636	0	diverse	diverse	Betreuungs- und Verpflegungsentgelte bei 5102, 5103 Tagespflege, 5105 und 5109
	X	2021	Wenigerausgaben Beitragszuschussung			717.499	diverse	diverse	Beitragszuschussung
	X	2021	Erstattung Land Hessen Beitragsausgleich			2.861.137	diverse	diverse	Betreuungs- und Verpflegungsentgelte bei 5102, 5103 Tagespflege, 5105 und 5109
<b>Summe einmalige Kosten:</b>				<b>3.578.636</b>	<b>3.578.636</b>	<b>3.578.636</b>			

<b>Summe Folgekosten:</b>									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

## **B Kurzbeschreibung des Vorhabens**

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Die Coronapandemie führte auch in den vergangenen Monaten zu verschiedenen Leistungseinschränkungen in der Kinderbetreuung. Im Zeitraum März 2021 bis einschließlich Mai 2021 mussten Eltern so in vielfältiger Weise mit den Herausforderungen der Pandemie und der Organisation von Familie, Betreuung und Berufstätigkeit unter schwierigen Bedingungen umgehen.

Gleichzeitig wurde bisher im genannten Zeitraum der satzungsgemäße Beitrag weiterhin voll erhoben. Das Land Hessen hat nun angekündigt, sich an einem Beitragsausgleich für die Eltern zu beteiligen.

Um hier möglichst alle Eltern zu erreichen und schnell, spürbar und unbürokratisch zu entlasten, soll nun der Monat Juli 2021 für alle Kinder in einer Kinderbetreuungseinrichtung beitragsfrei sein.

**Anlagen:** Beschluss StVV Nr. 0192 vom 20. Mai 2021

## **C Beschlussvorschlag:**

1. Es wird zur Kenntnis genommen:

- 1.1 Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0192 vom 20. Mai 2021 wurde für Januar und Februar 2021 ein Beitragsausgleich nach Stufen beschlossen. Auch nach Februar 2021 kam es bis heute zu diversen Leistungseinschränkungen aufgrund des dynamischen Pandemiegeschehens. Dabei waren seit März 2021 alle Nutzer von Kinderbetreuungseinrichtungen gezwungen, den Familienalltag, Berufsalltag und Kinderbetreuung unter immer neuen Vorzeichen und Leistungseinschränkungen zu organisieren.
- 1.2 Da vom Land Hessen bis vor kurzem keine Signale vorlagen, sich an einer Entlastung der Eltern zu beteiligen, wurden die Beiträge für die Kinderbetreuung zunächst vollumfänglich weiter erhoben.
- 1.3 Nachdem das Pandemiegeschehen nun abflacht und gleichzeitig das Land Hessen Bereitschaft signalisiert hat, auch über den Januar und Februar 2021 hinaus an einem Beitragsausgleich für Eltern zu beteiligen, soll nun als deutliches und gleichzeitig unbürokratisches Signal der Entlastung der Monat Juli 2021 für alle Nutzer von Kinderbetreuungsangeboten (Tagespflege, Kindertagesbetreuung, Betreuende Grundschule, Schulkinderbetreuung) beitragsfrei gestellt werden.
- 1.4 Um alle Eltern zu erreichen, sollen auch die Nutzer von Kinderbetreuungseinrichtungen Freier Träger in diese Regelung im Umfang der vergleichbaren städtischen Beiträge für einen Monat entlastet werden.
- 1.5 Die Finanzierung ist durch Landesmittel gemäß den vorliegenden Informationen des Hessischen Städtetages voraussichtlich gesichert.

2. Es wird beschlossen:

- 2.1 Für den Monat Juli 2021 wird bei allen Betreuungsformen in Kindertagesstätten, Grundschulkinderbetreuungen, Betreuenden Grundschulen sowie Kindertagespflege in Wiesbaden kein Beitrag für Betreuung und Verpflegung erhoben.

- 2.2 Die Freien Träger erhalten dafür einen Ausgleich der entgangenen Betreuungsbeiträge in Höhe der vergleichbaren städtischen Beiträge (gem. Kitasatzung) bezogen auf die vertraglich vereinbarten Platzzahlen.
- 2.3 Für den Verpflegungsgeldausfall wird für jeden vertraglich vereinbarten Platz der eine Mittagsverpflegung enthält, an die Freien Träger eine Erstattung in Höhe von bis zu 70 EUR (städt. Verpflegungsgeld) erstattet.
- 2.4 Für den Monat Juli 2021 werden Wenigereinnahmen/Mehrausgaben in Höhe von insgesamt bis zu 3.578.636 EUR für die genannten Betreuungsbereiche genehmigt.
- 2.5 Für den Monat Juli 2021 entstehen Wenigerausgaben in Höhe von insgesamt 717.499 EUR im Bereich der Beitragsbezuschung. Diese werden zur Deckung herangezogen.
- 2.6 Der ungedeckte Teil in Höhe von bis zu 2.861.137 EUR wird gedeckt durch die angekündigten Ausgleichzahlungen des Landes Hessen.
- 2.7 Dez VI/51 wird ermächtigt, die notwendigen Ausgleichszahlungen an die Freien Träger nach Beschlussfassung des Magistrats jedoch vorab und vorbehaltlich der Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung durchzuführen, um die Liquidität der Träger sicherzustellen.

## D Begründung

### I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

### II. Demografische Entwicklung

*(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)*

### III. Umsetzung Barrierefreiheit

*(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)*

### IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

### V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 11. Juni 2021

5102

Scheffler (3215/Sr)

51.4 dezentrale  
Steuerungsunterstützung  
(4261/bu)

Manjura  
Stadtrat